



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

16. Mai 2025
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Neue Regierung: Wenn die Konzern-Manager gleich selbst regieren

Merz hat sich erstmal auf eine Reise ins Ausland verabschiedet, nachdem er bei seiner Wahl zum Kanzler so eine Demütigung erleben musste: Er, der machtvollverliebte Millionär, dem keine Hetze und kein Machtspiel zu billig war, um endlich Kanzler zu werden, ist im 1. Wahlgang durchgefallen... weil er selbst von eigenen Leuten nicht gewählt wurde.

Kein Wunder. Schließlich hat diese Regierung es geschafft, schon VOR Amtsantritt den Großteil ihrer Wahlversprechen über Bord zu werfen: Um die deutschen Konzernbosse im Handelskrieg mit den USA zu beruhigen. Um ihnen zu zeigen, dass ihre Gewinne trotz verschärfter Wirtschaftskrise sicher sind. Und um ihnen mit der riesigen Aufrüstung viele neue Aufträge zu garantieren.

CDU und SPD haben in wenigen Tagen gigantische Schulden, massive Steuer-senkungen für die Konzerne und direkte Angriffe auf uns Arbeitende wie die Möglichkeit von 12-Stunden-Arbeitstagen beschlossen. Und ein Regierungsprogramm, das nur eine Devise kennt: „Alles für die Bosse“.

Da wissen wir, was uns erwartet – wenn wir uns nicht wehren. Die 94% der Ford-Arbeitenden, die gerade für einen unbefristeten Streik gestimmt haben, senden die richtige Botschaft.

Auch die vorherigen Regierungen haben in erster Linie für die Kapitalisten Politik gemacht. Doch Merz versucht nicht einmal das zu verschleiern. Im Gegenteil, er macht die Konzern-Manager und Unternehmer direkt zu Ministern.

Die neue Ministerin für Wirtschaft und Energie ist... eine führende Managerin des Energiekonzerns E.ON! So können die Bosse der Energiekonzerne die Gesetze gleich selber schreiben.

Der bisherige Vorstands-Chef von Saturn und MediaMarkt wird... Digitalminister. Er ist außerdem Vizepräsident des Verbands der Einzelhandelskonzerne und kann nun direkt am Kabinetttisch die Interessen der Besitzer von Lidl, Saturn, Edeka und Co. vertreten.

Und wer wird Staatsminister für Kultur und Medien? Genau, ein Medien-Unternehmer.

Ein Medienunternehmer, der obendrein Homosexualität und Migration als Gefahr für das deutsche Blut bezeichnet – und der jede Kritik an Israel und dessen Völkermord an den Palästinensern aus den Medien verbannen möchte. Dieser Unternehmer wird nun die Medien- und Kulturpolitik Deutschlands bestimmen.

Man könnte glatt meinen, Merz habe versucht, Trump und seine Regierung aus milliardenschweren Unternehmern (in billig) zu kopieren.

Was soll man auch erwarten von einem Kanzler, der der Deutschland-Chef des Investment-Konzerns BlackRock war. Merz hat zwar seinen Posten aufgegeben. Doch er arbeitet noch immer direkt für die reichen Kapitalisten.

Um zu beweisen, dass sie zumindest einige Wahlversprechen hält, versucht die CDU umso härter gegen Migranten vorzugehen. Und sie sorgt mit großem Medienrummel dafür, dass es auch jeder mitbekommt.

Groß haben Merz und Innenminister Dobrindt angekündigt, „ab dem 1. Tag der neuen Regierung“ die Grenzen dicht zu machen und alle, die Asyl beantragen wollen, ins Nachbarland zurückzuschicken – obwohl das illegal ist. Tausende Polizisten wurden an die Grenzen geschickt, wo sie nun willkürlich Straßenbahnen und Züge, LKWs, Transporter von Paketdiensten und PKWs anhalten.

Merz und Co. wissen genau, dass dies nur eine teure Symbol-Politik ist. Die Schleuser sind längst auf andere Wege ausgewichen. Die Leidtragenden sind stattdessen diejenigen, die als Arbeitende oder aus familiären Gründen regelmäßig die Grenze überqueren müssen – besonders, wenn sie die „falsche“ Hautfarbe haben.

Die SPD ist in einer Zwickmühle. Sie will mitregieren und ebenfalls den Konzernbossen dienen. Doch gleichzeitig will sie bei ihren Wählern nicht völlig das Ge-

sicht verlieren. Daher versucht sie nun, sich von einzelnen Maßnahmen der CDU-Minister abzugrenzen und scheinbar sozialere Vorschläge wie zur Rente einzubringen... die die CDU ihrerseits zurückweist.

Schon nach zwei Wochen streitet sich die neue Regierung also bereits, genau wie die alte.

Prompt hat die AfD angeboten, die CDU solle doch lieber mit ihr regieren. Anders als die SPD würde sie die CDU nicht „ausbremsen“. Das stimmt! Die AfD hat absolut kein Problem damit, offen und aggressiv für das deutsche Großkapital zu regieren.

Überall, wo ihre Parteifreunde an der Macht sind – ob in den USA, Argentinien oder Italien – regieren diese ungeniert und brutal für die Reichsten, auf Kosten aller Arbeitenden und ganz besonders der am einfachsten angreifbaren unter ihnen. So würde auch die AfD regieren.

Es ist kein Zufall, dass nach den USA auch in Deutschland das Großkapital immer offener und offensiver regiert. Mit der zunehmenden Weltwirtschaftskrise brauchen die Kapitalisten immer aggressivere Maßnahmen, um ihre Profite zu erhalten – und können immer weniger die Illusion einer Demokratie zum Wohle Aller aufrechterhalten.

Hinter der bröckelnden Fassade zeigt sich immer deutlicher das wahre Gesicht des Kapitalismus: Es ist eine rückschrittliche, arbeiter- und menschenfeindliche Diktatur des Großkapitals.

Doch ihre Diktatur hat eine Achilles-Ferse. Das Herz ihres Machtapparates sind die Unternehmen, die ihnen Reichtum und damit Macht verleihen. Und ohne uns Arbeitende laufen die Betriebe nicht.

In gemeinschaftlichen Kämpfen haben wir Arbeitenden die Macht, ihre Geld-Maschinen anzuhalten und ihnen Angst einzujagen: Um ihre Angriffe zurückzuschlagen. Und um letztlich als Gemeinschaft die Betriebe selber zu übernehmen – und so dieser schädlichen Diktatur einer kleinen reichen Minderheit ein Ende zu setzen.

Israel/Palästina: „Nie wieder“ heißt nie wieder ein Völkermord!

Die wenigen Bilder, die uns aus dem Gazastreifen erreichen, sind erschreckend. Leichen liegen nach der Bombardierung eines Marktes und einer Schule auf der Straße. Menschen werden kaltblütig von der israelischen Armee erschossen, wenn sie versuchen zu fischen, um etwas zu essen aufzutreiben. Kinder sind nur noch Haut und Knochen. Menschen drängen sich verzweifelt um die Verteilung der wenigen noch verbliebenen Lebensmittel. Blicke voller Leid und Verzweiflung. Hilferufe.

Seit Netanjahu am 18. März den Waffenstillstand gebrochen hat, wurden weitere tausende Menschen getötet. Und diejenigen, die den Bomben entkommen, sind vom Hungertod bedroht, da die israelische Regierung seit mehr als zwei Monaten verhindert, dass Lebensmittel und lebensnotwendige Güter nach Gaza gelangen.

Die israelische Armee greift sogar Schiffe von Hilfsorganisationen auf See an, die versuchen, Gaza zu versorgen!

Der Krieg, den Netanjahu führt, ist kein Krieg gegen die Hamas. Es ist ein Vernichtungskrieg gegen die gesamte palästinensische Bevölkerung – mit dem Ziel, jede Möglichkeit eines palästinensischen Staates in Gaza oder im Westjordanland zunichte zu machen.

Und nun hat Netanjahu weitere zehntausende Reservisten einberufen, um Gaza endgültig zu erobern: Nachdem er die Bevölkerung massakriert und terrorisiert hat, will er sie nun mit Gewalt vertreiben. Trumps widerwärtiger Plan, Gaza auf einem Berg von Leichen zu einer Riviera zu machen, ist bereits in der Umsetzung.

Vor genau 80 Jahren war das Nazi-Regime in Deutschland endlich geschlagen, und ihr barbarischer Völkermord an über sechs Millionen Juden wurde gestoppt. In zahlreichen Gedenkfeiern zu diesem Anlass schwören derzeit Politiker dafür einzutreten, dass so etwas „nie wieder“ passiere. Dabei passiert es doch bereits, vor unserer aller Augen! Nur sind diesmal die Palästinenser das Opfer.

Und die israelische Regierung besitzt noch die Dreistigkeit, eben diejenigen, die vor 80 Jahren Opfer der Verbrechen der Nazis wurden, als Rechtfertigung für diesen neuen Völkermord zu missbrauchen.

Doch kaum ein Wort der Kritik kam dem deutschen Außenminister und dem Präsidenten über die Lippen, als sie letzte Woche in Israel auf Staatsbesuch waren. Zwar äußern sie und andere führende europäische Politiker „Besorgnis“ über die katastrophale Lage in Gaza und fordern eine Wiederaufnahme der Hilfslieferungen.

Doch sie alle bleiben grundsätzlich solidarisch mit den Henkern aus Tel Aviv und liefern ihnen sogar weiter die Waffen für ihr anhaltendes Massaker.



Die führenden Politiker der imperialistischen Mächte unterstützen Israel im Namen des Rechts der Juden auf einen eigenen Staat. Aber dieser Staat interessiert sie nur, weil er ihre Interessen in der Region verteidigt. Die Juden hingegen schützen sie kein bisschen, indem sie Netanjahus Kriegspolitik letztlich den Rücken stärken. Im Gegenteil. Denn diese Politik, die tödlich für die Palästinenser ist, ist für die Juden in Israel selbstmörderisch.

Israelische Demonstranten kritisieren diesen Krieg. Und Reservisten weigern sich zunehmend, ihrem Einberufungsbefehl Folge zu leisten.

Bislang sind sie vor allem deshalb gegen weitere Militäroperationen, weil sie das Leben der Geiseln gefährden. Tatsächlich aber sind alle Israelis Geiseln von Netanjahus kriegerischer Vernichtungspolitik in Gaza. Denn sie verurteilt die Israelis dazu, im Krieg gegen alle

ihre Nachbarn zu leben. Jeder weitere israelische Bombenangriff schürt Hass und Rachegefühle. Neue Generationen von Palästinensern werden die Reihen der Kämpfer in Gaza, im Libanon, im Jemen und in Syrien verstärken. Israel, das den Konflikt bereits auf all diese Länder ausgeweitet hat, wird noch lange nicht aufhören können Krieg zu führen.

Frieden schafft man nicht, indem man Friedhöfe füllt und Hunderttausende Menschen deportiert. Frieden schafft man, indem man jede Unterdrückung beendet, die Siedlungen im Westjordanland auflöst und die Apartheidpolitik beendet. Frieden schafft man, indem man die Gleichberechtigung aller Völker anerkennt!

Entgegen dem, was die rechtsextremen zionistischen Organisationen auf der einen Seite und die reaktionären islamistischen Organisationen auf der anderen Seite glauben machen wollen, ist ein brüderliches Zusammenleben zwischen dem israelischen Volk und dem palästinensischen Volk sowie den benachbarten arabischen Völkern möglich.

Die imperialistischen Staaten haben zur Zeit der Kolonialisierung künstliche Grenzen zwischen dem Libanon, Syrien, dem Irak und Jordanien gezogen. Sie haben die Völker gegeneinander aufgehetzt, Israelis gegen Palästinenser, Araber gegen Kurden, die sunnitische Mehrheit gegen die christliche, drusische und alevitische Minderheiten. Nur eine Föderation der Völker des Nahen Ostens, in der alle gleich und gleichberechtigt sind, kann einen Ausweg aus dem permanenten Krieg dort bieten.

Dies kann nur gelingen, wenn sich die Unterdrückten dieser Region gegen ihre jeweiligen Herrschenden auflehnen, die alle nur ein Ziel haben: die Bevölkerung zu beherrschen und auszubeuten. Und es ist auch unsere Aufgabe hier in Europa, diese Perspektive zu vertreten – gegen unsere Herrschenden, die sich mitschuldig an diesem neuen Völkermord machen.

„Wenn der Staat mordet – wer klagt ihn dann an?“

Über 10.000 Menschen sind am 26. April in der relativ kleinen Stadt Oldenburg auf die Straße gegangen, nachdem an Ostern ein 21-jähriger Deutscher mit schwarzer Hautfarbe (Lorenz A.) von einem Polizisten hinterrücks ermordet worden war.



„Wenn der Staat mordet – wer klagt ihn dann an?“, fragte ein Transparent in Oldenburg. Die Antwort gaben sie selber, mit ihrer Demonstration von über 10.000 Menschen. Denn nur massiver Druck und Proteste aus der Bevölkerung können verhindern, dass jeder Polizeimord unter den Tisch gekehrt werden kann.

Empört forderten die Demonstranten, dass die Polizei zur Rechenschaft gezogen wird. Diese hatte nämlich

zunächst frech behauptet, Lorenz habe sie nach einem Zwischenfall vor einer Disko mit einem Messer bedroht. Nur deshalb hätten sie „aus Notwehr“ geschossen. Doch Videoaufnahmen belegen, dass Lorenz im Gegenteil vor den Polizisten weglief und ein Polizist ihm vier (!) Mal in den Rücken schoss.

Dieser Mord ist längst kein Einzelfall mehr. Die Zahl der Menschen, die von der Polizei getötet werden, nimmt von Jahr zu Jahr zu. 2023 waren es noch 11 Tote, 2024 bereits 22. Und 2025 wurden allein in den ersten drei Monaten schon 11 Menschen von der Polizei getötet. Die meisten von ihnen waren Migranten, hatten eine dunkle Hautfarbe oder gehörten einfach zu den ärmsten Teilen der Bevölkerung.

Kein Wunder! Rassistische Vorurteile und Verachtung gegenüber Obdachlosen und Ärmern waren in der Polizei schon immer stärker vertreten als im Rest der Bevölkerung. Doch wenn AfD, CDU und mittlerweile fast alle Parteien immer lauter fordern, die Polizei solle in den „Problemgebieten“ härter durchgreifen und wenn sie immer stärker das Bild vermitteln, dass jeder Migrant ein

potenzieller Krimineller oder Terrorist sei, den man am besten gleich an der Grenze stoppen müsse, dann wundert es einen nicht, dass den Polizisten die Waffe immer lockerer sitzt.

Umso mehr, da die Polizisten eigentlich nie dafür bestraft werden, wenn sie Unschuldige töten. Im Gegenteil, sie bleiben weiter im Dienst. Justiz, Behörden und Politiker stehen hinter ihnen.

So redete auf der Demonstration auch der Bruder des 16-jährigen Mouhamed Dramé, dem Polizisten aus Dortmund fünf Kugeln aus einer Maschinengewehr in den Leib jagten, obwohl er nachweislich nichts getan hatte. Die betroffenen Polizisten wurden dennoch freigesprochen und arbeiten weiter.

Im Fall Lorenz werden die Ermittlungen von der berühmt-berüchtigten Polizeidienststelle Delmenhorst durchgeführt, auf deren Wache 2021 ebenfalls ein 19-jährige Geflüchteter nach Gewalteinwirkung starb – und wo ein Polizist 2022 einen Festgenommenen mehrfach mit dem Kopf gegen die Zellenwand schlug. Wie sie die Ermittlungen gegen ihre Kollegen in Oldenburg führen werden, kann man sich ausrechnen.

AfD-Verbot: Den Bock zum Gärtner machen

Die Ereignisse in Oldenburg werfen auch ein Licht auf die erneute Diskussion über ein Verbot der AfD.

Mal abgesehen davon, dass es gelinde gesagt naiv ist zu glauben, man könne die gefährliche Rechtsentwicklung einfach dadurch aufhalten, dass man eine Partei (mit über 20% Wählerstimmen) verbietet.

Doch ein Verbot der AfD zu fordern bedeutet, den Kampf gegen den Rechtsextremismus in die Hände dieser Polizei, dieser Justiz und dieser Regierung zu legen. Dabei sind sie wahrlich die letzten, denen man vertrauen kann, dass sie die Rechtsextremen konsequent bekämpfen würden.

Auch hier gilt: Diesen Kampf müssen wir selber in die Hand nehmen. Vor allem, indem wir die Ursachen für das Erstarren der Rechtsextremen bekämpfen: die politische Abwesenheit der Arbeiterbewegung und die marode kapitalistische Gesellschaftsordnung, die mit ihren zunehmenden Krisen Existenzängste, Verzweiflung und Wut hervorruft.

Die Werte, die die Bundeswehr verteidigt

Der langjährige Bundeswehr Generalmajor Hartmut Renk hat zugeben müssen, dass er in einer Nato-Teamsitzung gesagt hat: „Wenn eine Vergewaltigung unvermeidlich ist, entspannen Sie sich und genießen Sie es“. Als diese Aussage bekannt wurde, meinte er ernsthaft, dies wäre doch nur ein Scherz gewesen, mit dem er „das Team motivieren“ wollte. Ein berühmter „Scherz“, der gerne von mächtigen frauenfeindlichen Männern à la Trump gemacht wird.

Interessant, was seiner Meinung nach Offiziere bei der Nato so motivieren soll. Aber eigentlich sollte einen das nicht mehr überraschen. Schließlich gehören frauenfeindliche ebenso wie rassistische Sprüche und Übergriffe zum Alltag bei der Truppe. Nur dringen die meisten davon nicht nach außen.

Doch so haben wir einmal schwarz auf weiß, was ein Bundeswehrgeneral und Mitglied des Ukraine-Kommandos der Nato so denkt.

Das sind die Befehlshaber einer Armee, die man gerade massiv aufrüstet, weil sie angeblich... unsere Freiheit und Menschenrechte verteidigen würde.

Wer viel hat, bekommt noch mehr

Die neue Regierung plant, die Einkommenssteuer für Aktiengesellschaften und GmbHs (die sogenannte Körperschaftssteuer) noch weiter zu senken. Dabei wurde sie in den letzten dreißig Jahren bereits halbiert. Doch nun will die neue Regierung sie noch einmal senken, von 15% auf nur noch 10%.

Selbst Arbeitende, die nur den Mindestlohn bekommen, müssen 14% Steuern zahlen. Jeder Arbeitende zahlt damit künftig mehr Einkommenssteuer als die reichsten Konzerne!

Das versteht unser neuer Kanzler Merz unter einem „gerechten“ Steuersystem, das die „Fleißigen“ belohnt.

Ford: Eine Erpressung zu viel

Am Mittwoch haben über 11.000 Arbeitende der Ford-Werke Köln für 24 Stunden den Betrieb lahmgelegt. Und sie sind bereit, die Bänder auch für länger anzuhalten.

Seit Jahren schon haben die Ford-Bosse immer wieder die Arbeitenden erpresst, um Stellenabbau und Verzicht durchzusetzen. Und nun will Ford gleich ein Viertel aller Arbeitenden in Köln entlassen, mit der Drohung, ansonsten könne man auch Insolvenz anmelden. Insolvenz – bei einem Milliardenkonzern!

Dieser Gipfel der Dreistigkeit hat das Fass zum Überlaufen gebracht. In einer Abstimmung haben 93,5% aller Arbeitenden dafür gestimmt, unbefristet in den Streik zu treten – zum ersten Mal seit über 50 Jahren.

Ein unbefristeter, entschlossener Streik, bei dem die Bosse nicht wissen, wann er endet und ob er sich nicht gar auf andere Betriebe ausweitet, ist der einzige Weg, ihnen Angst zu machen und das Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten zu verändern.



Die Waffe der Arbeitenden ist der Streik

Obwohl über 93% für einen unbefristeten Streik gestimmt haben, gab es bislang nur einen 24-Stunden-Streik und keiner der Arbeitenden weiß, wie es weitergeht. Denn auch nach der Abstimmung entscheiden nicht etwa die Streikenden, sondern die Führung der IG-Metall, ob und wie lange gestreikt wird – und ebenso, wie die Forderungen lauten, wer verhandelt und ob das Ergebnis angenommen wird.

Doch diese Entscheidungen gehören in die Hände der Streikenden! Schließlich geht es um ihrer aller Zukunft. Und die Erfahrungen zeigen, dass die Streikenden – wenn sie entscheiden können – in der Regel weniger schnell vor den Kapitalisten einknicken als die Gewerkschaftsführungen.

Bei Ford in Köln haben die Arbeitenden bereits einmal der Gewerkschaftsführung die Dinge aus der Hand genommen. Als 1973 hunderte Arbeitende entlassen werden sollten und die IG Metall nicht reagierte, traten tausende Arbeitende (vor allem Migranten) trotzdem in den Streik und organisierten ihn vollkommen eigenständig, ohne die IG Metall: für ihre Forderungen nach Rücknahme der Entlassungen und mehr Lohn. Eine Tradition mit Zukunft!

Hauptsache, die Raffgier der Energie- und Wohnungskonzerne wird befriedigt

Oft heißt es: Wer Bürgergeld hat, muss sich ja um Miete und Heizkosten keine Gedanken machen. Von wegen! Über 300.000 Bürgergeld-Empfänger müssen von ihren 563 € im Monat sehr wohl noch Geld für Miete und Heizung bezahlen, im Schnitt mehr als 100 € – also ein Fünftel von dem wenigen Geld, das sie für Essen, Kleidung, Strom und sonstigen lebenswichtigen Ausgaben zur Verfügung haben.

Der Grund: Das Jobcenter legt Obergrenzen fest, wie viel die Miete und Heizung kosten darf. Doch oftmals findet man nur noch teurere Wohnungen, von den Gaspreisen ganz zu schweigen, und dann müssen die Bürgergeldempfänger den Rest aus eigener Tasche bezahlen.

Es ist ja nicht falsch, Obergrenzen für Mieten und Heizkosten festzulegen, aber Obergrenzen der Preise... die die abzockerischen Wohnungs- und Energiekonzerne verlangen dürfen! Das wäre im Interesse aller Mieter – ganz besonders derer, die von niedrigen Löhnen, Bürgergeld oder einer kleinen Rente leben müssen.

Steuern: Man muss halt Prioritäten setzen

Jahrelang haben so ziemlich alle Banken und reichen Kapitalisten mit der sogenannten Cum-Ex/Cum-Cum-Methode Steuern hinterzogen: mindestens 40 Milliarden Euro. Doch bislang haben sie nicht einmal 0,1% davon an den Staat zurückgezahlt. Und es sieht ganz so aus, als ob es auch so bleibt.

Viele dieser Betrügereien sind nämlich bereits verjährt oder verjähren in den nächsten zwei Jahren: Weil die Behörden es in 13 (!) Jahren nicht geschafft haben, diesen Steuerbetrug bei der Deutschen Bank, Santander, WestLB und anderen Großbanken umfassend zu untersuchen... wegen „Personalmangel“.

Kein Wunder, schließlich sind die Behörden mit Wichtigerem ausgelastet: zum Beispiel damit, jedes Jahr alle Kontoauszüge und Nebenkostenabrechnungen von allen Rentnern zu prüfen, die ihre niedrige Rente mit Grundsicherung aufstocken müssen – oder gegen allein-erziehende Mütter zu ermitteln, die nebenbei schwarz putzen.

Der Schredder ist Gold wert

Sollte doch ein Staatsanwalt versuchen, eine der Banken noch vor dem Ende der Verjährungsfrist zu belangen, so müssen die Kapitalisten sich keine Sorgen machen: Dank eines neuen Gesetzes, das „unnötige Bürokratie für Unternehmen“ abschaffen soll, dürfen diese nun bereits jetzt ganz viele Belege schreddern, die sie ansonsten 10 Jahre hätten aufbewahren müssen, sodass der Steuerbetrug nicht mehr nachweisbar ist.

Da weiß man, was die Politiker unter „Bürokratie-Abbau“ verstehen – und warum das Großkapital ihn so vehement fordert.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14 € pro Jahr!